Trierischer Volksfreund

UNABHÄNGIG • ÜBERPARTEILICH • GEGRÜNDET 1875



ZEITUNG FÜR TRIER, SCHWEICH, TRIERER LAND

BASKETBALL

Die Gladiators haben es in die Playoffs geschafft - gegen wen geht's? Seite 15

KICKEN IN SCHWEREN ZEITEN

Zu Besuch bei einem Trierer Fußballclub, bei dem ukrainische Nachwuchskicker aktiv sind. Seite 17



ÜBERBLICK

Russischer Jumbojet sitzt am Hahn fest

HAHN (red) Ein Jumbojet unter russischer Kontrolle darf vorerst nicht mehr vom rheinlandpfälzischen Flughafen Hahn abheben. Damit sitzt die große Frachtmaschine auf unbestimmte Zeit im Hunsrück fest. Seite 8

Starke Kinder trotz Scheidung

DÜSSELDORF (RP) Kinder leiden unter der Trennung ihrer Eltern. Ein neuer Ratgeber ist das Vermächtnis des 2019 gestorbenen Erziehungsexperten Jesper Juul. Sechs Thesen und drei Irrtümer aus einem Buch, das leicht zu lesen und schwer zu verkraften ist. **Seite 21**

Prämiensparer sollten genau hinschauen

TRIER (har) Mehrere hundert Kunden sind nicht damit einverstanden, dass die Sparkasse Trier ihre Prämiensparverträge gekündigt hat. Die Verbraucherzentrale rät jedoch auch Inhabern nicht gekündigter Verträge, genau hinzuschauen. **Seite 8**

ZITAT

"Um geflüchtete Kinder möglichst schnell am Leben teilhaben zu lassen, müssen Kitagruppen und Willkommensklassen geschaffen werden. Und dann muss man auch unkonventionell denken."

Markus Lewe Präsident des Deutschen Städtetages.

WETTER





Seite 28

RUBRIKEN

GELD UND MARKT SEITE 6
FERNSEHEN SEITE 25
HÄGAR SEITE 24
SUDOKU SEITE 24
FREIZEIT SEITE 22
FÜR KINDER SEITE 24

KONTAKT

Anzeigen 0651/7199-999 Abo 0651/7199-998 Leserservice 0651/7199-0

kontakt@volksfreund.de
Internet: www.volksfreund.de
www.facebook.com/



volksfreund www.twitter.com/ volksfreund

Produktion dieser Seite: Heribert Waschbüsch

Einzelpreis 2,10 €, NR. 83





Impfpflicht kommt vorerst nicht -Impfzentren bleiben aber offen

Keine Mehrheit für Impfpflicht ab 60. Bundesgesundheitsminister warnt vor "schwerem" Herbst. Abgeordnete aus der Region waren überwiegend gegen eine Pflichtimpfung.

VON BERND WIENTJES UND SEBASTIAN STEIN

BERLIN/MAINZ Der rheinland-pfälzische Gesundheitsminister Clemens Hoch (SPD) spricht von einem "fatalen Signal", dass es vorerst keine allgemeine Impfpflicht in Deutschland geben wird. "Wir hätten in Deutschland eine allgemeine Impfpflicht dringend gebraucht, denn wir erwarten spätestens im Herbst eine weitere Welle. Sie wird wieder-insbesondere wegen des hohen Risikos für schwere Verläufe bei den ungeimpften über 60-jährigen Menschen – unsere Einrichtungen belasten", sagte Hoch nachdem am Donnerstag alle Anträge im Zusammenhang mit der Impfpflicht geschei-

Auch der von Bundeskanzler Olaf

Scholz und Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (beide SPD) unterstützte Antrag für eine Impfpflicht ab 60 Jahren fand keine Mehrheit, "Es ist eine sehr wichtige Entscheidung, denn jetzt wird die Bekämpfung von Corona im Herbst viel schwerer werden", twitterte Lauterbach nach seiner Niederlage. Konkret sahen die Pläne für alle ab 60 Jahren eine Pflicht vor, bis zum 15. Oktober über einen Impf- oder Genesenennachweis zu verfügen. Für 18- bis 59-Jährige, die nicht geimpft sind, sollte zunächst eine Beratungspflicht kommen. Über die Pflichten und Impfangebote sollten die Krankenkassen die Bürger bis spätestens 15. Mai informieren.

Eine Nachfrage bei den Bundestagsabgeordneten aus der Region zeigt, dass eine Mehrheit von ihnen gegen eine allgemeine Impfpflicht ist. Lediglich die beiden SPD-Abgeordneten Lena Werner aus Wittlich und Verena Hubertz stimmten für die Impfpflicht ab 60. Der Präsident der Landesärztekammer, Günther Matheis, hatte sich bereits im Vorfeld für eine allgemeine Impfpflicht ab 18 Jahren ausgesprochen, "weil diese uns helfen würde, besser durch Herbst und Winter zu kommen". Auch der Präsident der Landespflegekammer, Markus Mai, hätte lieber eine Impfpflicht für alle Erwachsenen gehabt. Die Impfung sichere das Überleben vulnerabler Personen, sagte Mai.

Obwohl es nun vorerst keine Impfpflicht geben wird, sollen die Impfzentren in Rheinland-Pfalz weiter offen bleiben. "Die Kommunen können fest mit dem Weiterbetrieb der Impfzentren bis Jahresende rechnen", sagten Gesundheitsminister Clemens Hoch (SPD) und Impfkoordinator Daniel Stich dem Trierischen Volksfreund. Bisher teilen sich Bund und Land die Finanzierung. Es ist allerdings unklar, ob es dabei bleibt. Gesundheitsminister Hoch will die Impfzentren aber auch alleine bezahlen, sollte sich der Bund aus der versprochenen Mitfinanzierung zurückziehen. Das Land hat dafür viele Millionen im Haushalt und im sogenannten Corona-Sondervermögen geblockt.

Die Zahl der Impfungen in den Impfzentren der Region geht seit Monaten kontinuierlich und stark zurück. In Trier hatte es in der letzten Märzwoche gerade einmal 564 Impfungen gegeben.

gegeben. Themen des Tages Seite 3

Dreyer, Lewentz und die Frage nach der Flutnacht

Die Ministerpräsidentin und der Innenminister sagen heute im Untersuchungsausschuss zur Flut im Ahrtal aus. Derweil ist NRW-Umweltministerin Ursula Heinen-Esser gestern zurückgetreten.

VON SEBASTIAN STEIN

MAINZ Am heutigen Freitag müssen sich zum ersten Mal zwei amtierende rheinland-pfälzische Regierungsmitglieder vor dem Untersuchungsausschuss zur Flutkatastrophe im Ahrtal verantworten. Ministerpräsidentin Malu Dreyer und Innenminister Roger Lewentz (beide SPD) nehmen am Abend auf der Zeugenbank Platz. Lewentz soll um 17.30 Uhr aussagen, Dreyer danach um etwa 20 Uhr.

Die Aussagen der beiden SPD-Führungspersonen werden in Mainz mit Spannung erwartet. Es ist einer der bisherigen Höhepunkte des Untersuchungsausschusses. Seit knapp einem halben Jahr arbeiten die Parlamentarier die Umstände der Flutkatastrophe akribisch auf. 134 Menschen waren in Rheinland-Pfalz im Juli 2021 gestorben, viele Menschen verloren

ihre Häuser. Vor vier Wochen hatte bereits die damalige Umweltministerin Anne Spiegel (Grüne) vor dem Ausschuss ausgesagt. Die Opposition wirft ihr vor, nicht rechtzeitig und ausreichend gewarnt zu haben. In Nordrhein-Westfalen ist unterdessen am Donnerstag Umweltministerin Ursula Heinen-Esser (CDU) zurückgetreten. Die Politikerin war wegen eines Mallorca-Aufenthalts während der Flutkatastrophe zunehmend unter Druck geraten. In Rheinland-Pfalz rückt nun Lewentz' Rolle als für Katastrophenschutz zuständiger Minister in den Fokus.

Am 14. Juli 2021, dem Tag der Flutkatastrophe, besuchte Lewentz die technische Einsatzleitung des Landkreises Ahrweiler. Um etwa 19.20 Uhr kam er dort an. Es entstand ein Foto zusammen mit Mitgliedern des Krisenstabs. Um etwa 19.45 Uhr ist Lewentz wieder gefahren – nach Hause in sein privates Büro. In Mainz, im Landesamt für Umwelt, schien jedoch schon vor Lewentz' Besuch in Ahrweiler klar zu sein, dass sich dort eine Katastrophe anbahnt.

Warum ist der Innenminister so früh wieder gefahren? War er nicht ausreichend informiert? Warum hat er nicht die Einsatzleitung übernommen? Unter anderem diese Fragen soll er heute beantworten.

Lewentz hat in dieser Woche ein von ihm selbst beauftragtes Gutachten zur Flutnacht veröffentlicht. Darin heißt es, er habe den Verantwortlichen vor Ort den Rücken stärken wollen und bekräftigen, "dass die Landesebene ansprechbar ist und bei Bedarf der Kommune Hilfe des Landes über die ADD zur Verfügung stehe". Eine Übernahme der Einsatzleitung durch das Ministerium sei gesetzlich nicht vor-

gesehen, so das Gutachten.

Vor gut einem Monat wurden Chatprotokolle zwischen Dreyer und Lewentz veröffentlicht. Um 0.58 Uhr soll er an Dreyer geschrieben haben: "Liebe Malu, die Lage eskaliert". Es sei alles sehr unübersichtlich, er versuche jetzt, die Bundeswehr zu erreichen.

All das zeige "ein Totalversagen der Landesregierung in der Krise", sagt der neue rheinland-pfälzische CDU-Generalsekretär Gordon Schnieder im Interview mit dem Trierischen Volksfreund. Der Eifeler erhebt schwere Vorwürfe gegen den Innenminister. "Lewentz wollte ein schönes Bild in der Lage und dann wieder schnell fahren." Es spiegele sich in seiner politischen Karriere wider, dass er schnell weg sei, wenn es um die Verantwortung gehe, so Schnieder.

tung gehe, so Schnieder.
Themen des Tages Seite 2
Interview Seite 14

EU-Staaten streiten um die Annahme neuer Sanktionen

BRÜSSEL (dpa) Streit unter den EU-Staaten hat am Donnerstag die Annahme des fünften großen Pakets mit Russland-Sanktionen verzögert. Nach Angaben von Diplomaten wollte Polen nicht akzeptieren, dass die Übergangsfrist für den Importstopp für russische Kohle auf Wunsch von Ländern wie Deutschland um einen Monat von drei auf vier Monate verlängert wird. Ebenfalls umstritten war die Forderung von Ländern wie Griechenland und Malta, die Regelungen für die geplante Hafensperre nicht ganz so streng zu formulieren wie dies von der EU-Kommission ursprünglich geplant wurde. Am Donnerstagabend sollte versucht werden, die Meinungsverschiedenheiten beizulegen. In diesem Fall sollten die neuen Sanktionen spätestens an diesem Freitag in Kraft treten. **Themen des Tages Seite 7**

Opferverein fordert Rücktritt von Trierer Bischof

TRIER (sey) Die Diskussion über die Namensnennung einer Frau, die von einem Priester geschwängert und zur Abtreibung gedrängt wurde, dauert an. Die Opfervereinigung Missbit hat deshalb jetzt den Rücktritt des Trierer Bischofs Stephan Ackermann gefordert. Der 59-Jährige habe der Betroffenen dadurch weitere Schmerz zugefügt, kritisierte eine Missbit-Sprecherin.

Ackermann selbst wollte sich auf neuerliche Nachfrage unserer Redaktion nicht zu der Angelegenheit äußern. In einer Diskussion soll der Trierer Bischof den Klarnamen der Frau genannt haben, die bisher nur unter dem Pseudonym Karin Weißenfels in Erscheinung getreten war. **Themen des Tages Seite 2**

Corona-Ausbruch in Wittlicher JVA

WITTLICH (cmo) Schlechte Nachrichten aus der JVA Wittlich: Wie Anstaltsleiter Jörn Patzak am Donnerstagmorgen erklärt, haben sich innerhalb des Wittlicher Gefängnisses viele Gefangene mit dem Coronavirus infiziert. Seit Pandemiebeginn sei dies in der JVA das erste Infektionsgeschehen größerer Art, erklärt Patzak. Doch nun gebe es "quer durchs Haus" Corona-Fälle und Patzak rechnet mit weiteren Betroffenen.

Lokales

Autofahrer stirbt bei Unfall auf A 1

SCHWEICH (red) Ein LKW ist am Donnerstagmittag auf der A 1 an der Anschlussstelle Schweich an einer Baustelle in ein Stauende gefahren. Der Lastwagen fuhr am Stauende mit hoher Geschwindigkeit auf ein davor stehendes Auto auf. Dieses wurde durch die Wucht des Aufpralls unter einen weiteren haltenden LKW geschoben. Der Fahrer des Autos starb noch an der Unfallstelle. Nach einem Folgeunfall auf der Gegenfahrbahn war die Autobahn über Stunden beidseitig gesperrt.